

PROTOKOLL DER SITZUNG DES STADTRATES

Montag, 4. November 2013, 19.00 Uhr, im Gemeindesaal, Kirchbühl 23

Die Sitzung wurde unter Angabe der Traktanden durch Publikation im Amtsanzeiger für Burgdorf und Umgebung Nr. 43 und 44 vom 24. und 31. Oktober 2013 bekannt gemacht.

Die Mitglieder des Stadt- und Gemeinderates wurden zudem durch Zustellung der Traktandenliste und der übrigen Sitzungsunterlagen zur Sitzung eingeladen.

Zur Sitzung sind erschienen:

Präsident	Herr Ingold Rolf
Stimmzähler	Frau Fankhauser Larissa und Herr Aeschbacher Yves
Mitglieder des Stadtrates	Damen und Herren Bachmann Véronique, Beck Daniel, Berger Stefan, Biedermann Peter, Bossard-Jenni Tabea, Bucher Theophil, Burkhard Georg, Burri Maja, Dubach Roland, Dür Hermann, Fankhauser Karin, Geiser Urs, Gerber Thomas, Gnehm Urs, Heimgartner Gaby, Kuster Müller Beatrice, Manz Pierre, Meier Christine, Meier Marcel, Messerli Niklaus (ab Traktandum 1), Mumenthaler-Bill Mirjam, Niederhauser David, Penner Nadaw, Pfister Urs, Pieren Nadja, Rappa Francesco, Righetti Sandro, Ritter Michael, Rosser Bruno, Rössler Andreas (ab Traktandum 4), Rüfenacht Andrea, Sägesser Heinz, von Arb Peter, Wyss Christoph und Wyss-Schreiber Melanie
Entschuldigt	Herren Haller Dieter und Weber Werner
Mitglieder des Gemeinderates	Damen und Herren Aeschlimann Martin, Gübeli Charlotte, Kummer Hugo, Probst Andrea, Urech Peter, Wisler Albrecht Annette und Zäch Elisabeth
Entschuldigt	Stadtschreiber Schenk Roman
Vize-Stadtschreiberin	Frau Zwahlen Sibylle
Auskunftspersonen	Herr Hofer Peter, Leiter Finanzdirektion
Protokoll	Frau Henzi Brigitte

TRAKTANDENLISTE

1.	Genehmigung des Protokolls der Stadtrats-Sitzung vom 16. September 2013	3
2.	Informationen des Stadtratspräsidenten	3
3.	Informationen aus dem Gemeinderat	3
4.	Friedhof, Gemeinschaftsgrab und Urnennischenanlage; Ausführungskredit	3
5.	Abgabe Land im Baurecht an Regionalspital Emmental AG für Parkhausneubau	4
6.	Änderung der baurechtlichen Grundordnung im Bereich der ehemaligen Gärtnerei Heubach	5
7.	Voranschlag 2014	6
8.	Dringliche Interpellation SVP-Fraktion betreffend Schaffung zusätzlicher Parkplätze beim Hallenbad durch Überdachung des Hallenbadparkplatzes (Erstellung Parkdeck)	14
9.	Verschiedenes und Unvorhergesehenes	15

Verhandlungen

Appell

Der durch die Stimmenzählerin Fankhauser Larissa durchgeführte Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von vorerst 36 Mitgliedern des Stadtrates (SR). Stadträte Messerli Niklaus und Rössler Andreas treffen im Verlauf der Sitzung ein.

Der Rat ist beschlussfähig.

Traktandenliste

Es erfolgen keine Änderungsanträge.

1. Genehmigung des Protokolls der Stadtrats-Sitzung vom 16. September 2013

Es werden keine Bemerkungen gemacht.

Der Stadtrat genehmigt einstimmig das Protokoll der Stadtratssitzung vom 16. September 2013.

2. Informationen des Stadtratspräsidenten

Stadtratspräsident Ingold Rolf begrüsst die Anwesenden zur heutigen Sitzung. Im speziellen begrüsst er als neues Stadratsmitglied Dür Hermann und wünscht ihm viel Freude im neuen Amt.

Stadtratspräsident Ingold Rolf informiert über die Demission von Stadträtin Wyss-Schreiber Melanie per 6. November 2013 aus dem SR. Sie zieht mit ihrer Familie nach Wynigen. Ihr Nachfolger wird Kälin Tobias. Im SR zirkuliert die Liste betreffend der Publikation der Mailadressen auf der Homepage der Stadt Burgdorf. Aus Datenschutzgründen müssen die Mitglieder des SR mit ihrer Unterschrift bestätigen, dass sie einverstanden sind mit der Veröffentlichung ihrer Mailadresse auf der Homepage. Der Vorsitzende teilt zudem mit, dass die Terminplanung 2014 des SR aufliegt. Die Mitglieder des SR haben die Einladung zur Verleihung des Preises für Soziales Engagement erhalten. An der heutigen Sitzung gelangen erstmals Mehrwegbecher zum Einsatz. Die Mehrwegbecher sind vom Jubiläum des Pestalozzischulhauses. Die Mehrwegbecher werden nach der Sitzung gewaschen und können immer wieder gebraucht werden. Der Vorsitzende informiert, dass im Anschluss an die letzte Sitzung vom 16. Dezember 2013 ein Jahresschlussessen stattfindet. Die Einladung dazu erfolgt zu gegebener Zeit. Das Schlussessen findet im Restaurant Landhaus statt. Es wäre erfreulich, wenn viele Mitglieder des SR mit ihren Lebenspartnern am Jahresschlussessen teilnehmen können.

3. Informationen aus dem Gemeinderat

Stadtpräsidentin Zäch Elisabeth teilt mit, dass Stadtschreiber Schenk Roman immer noch krankgeschrieben ist. Er wird ab nächster Woche wieder arbeiten. An der heutigen Stadtratssitzung vertritt ihn Vize-Stadtschreiberin Zwahlen Sibylle.

4. Friedhof, Gemeinschaftsgrab und Urnennischenanlage; Ausführungskredit

Stadtratspräsident Ingold Rolf stellt die Eintretensfrage. Gemäss Stillschweigen ist das Eintreten unbestritten.

Seitens der GPK werden keine Bemerkungen gemacht.

Gemeinderat Kummer Hugo informiert, dass das Gemeinschaftsgrab im Jahr 1958 zusammen mit dem Neubau der Abdankungshalle und dem Krematorium erbaut wurde. Die Bedürfnisse nach dieser Bestattungsform haben in den letzten Jahren markant zugenommen. Rund ein Drittel der Bestattungen finden heute auf dem Gemeinschaftsgrab statt. Die heutige Anlage ist dafür schlichtweg zu klein gebaut. Zudem fehlen die Möglichkeiten für eine Namensanschrift. Auf dem Friedhof in Burgdorf befindet sich keine Urnennischenanlage. Die Nachfrage danach ist recht gross. Im Moment erfolgt die Sanierung des Krematoriums und der Abdankungshalle. Es wäre deshalb ideal, die Urnennischenanlage mit der Sanierung gemeinsam zu realisieren. Vorgesehen ist eine Erweiterung im westlichen Teil. Das bestehende Gemeinschaftsgrab bleibt erhalten. Bereits im Jahr 1992 war es ein Thema im SR. Es wäre deshalb höchste Zeit eine entsprechende Lösung anzubieten. Es sind vier Teilbereiche vorgesehen. Der Aussenraum soll aufgewertet und erweitert werden. Die bestehenden Gräber im Teilbereich 1 bleiben bestehen. Im Teilbereich 2 sind Blumenrabatten vorgesehen. Wenn es jemand wünscht, kann man die Urne bei den Blumenrabatten in den Boden beisetzen. Es wird eine Stele aufgestellt, bei der die Namen eingraviert sind. Im Teilbereich 3 ist die Urnennischenanlage geplant. Eine Pergola ist ebenfalls geplant für die Besucherinnen und Besucher. Es ist zudem geplant, zu einem späteren Zeitpunkt die Urnennischenanlage zu erweitern. Im Moment würde man nur das Fundament bauen. Die Urnennischenanlage könnte man dann je nach Bedarf erweitern. Mit dem Grabschmuck beim Gemeinschaftsgrab hat man auf dem Friedhof immer wieder Probleme. Für den Grabschmuck ist ebenfalls genügend Platz vorgesehen. Alle Teilbereiche und der Friedhof werden mit Erschliessungswegen verbunden. Die Wege sind rollstuhlgängig. Die Arbeitsgruppe hat auf den Teilbereich 4 klar verzichtet. Der Teilbereich 4 ist der schönste Punkt und eine ruhige Ecke auf dem Friedhof. Diesen Teilbereich will man im Moment noch nicht verbauen. Es wird lediglich die Erschliessung vorgesehen. Im Teilbereich 4 ist vorgesehen, später einmal private Urnengräber zu verkaufen. Die Kosten für dieses Projekt belaufen sich auf Fr. 622'000.--. Der Projektierungskredit beträgt Fr. 45'000.--. Das Gemeinschaftsgrab ist nicht gratis. Pro Jahr rechnet man mit einem Ertrag zwischen Fr. 40'000.-- und 50'000.--. Bei der Urnennischenanlage rechnet man mit einem Ertrag von Fr. 20'000.-- bis 30'000.--. Das Projekt ist mittelfristig in der Investitionsplanung des Gemeinderates (GR) klar vorgesehen. Die Ausführung ist im Jahr 2014 vorgesehen. Wenn das Projekt realisiert wird, könnte man bereits im Budget 2015 mit Mehreinnahmen rechnen. Der GR hat den Projektierungskredit gesprochen. Das Gesamtprojekt des Friedhofes ist für die nächsten 60 bis 70 Jahre ausgelegt. Es sind noch zwei weitere Etappen vorgesehen. Die Sanierung des Betriebsgebäudes ist für die Jahre 2015 und 2016 vorgesehen. Die WC-Anlagen müssen von Männern und Frauen gemeinsam genutzt werden, es gibt keine getrennten WCs. Das sind keine Zustände. Die Parksituation ist ebenfalls ein Problem. In den Jahren 2015 und 2016 wäre man soweit um die Gärtnerei aufzugeben. An diesem Standort sind dann Parkmöglichkeiten vorgesehen. Der SR wird gebeten, den Anträgen zuzustimmen.

Seitens des SR werden keine Bemerkungen gemacht.

A b s t i m m u n g

1. Das Projekt für die Neugestaltung des Gemeinschaftsgrabs und für die Erstellung einer Urnennischenanlage wird genehmigt.
2. Für die Projektrealisierung wird der bestehende Projektierungskredit von netto Fr. 45'000.-- um den Ausführungskredit von Fr. 622'000.-- auf Fr. 667'000.-- erhöht (Rubrik 2020.501.03, Kostenstelle 10.2020.03).
3. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.

Der Stadtrat genehmigt einstimmig die Anträge.

5. Abgabe Land im Baurecht an Regionalspital Emmental AG für Parkhausneubau

Stadratspräsident Ingold Rolf stellt die Eintretensfrage. Gemäss Stillschweigen ist das Eintreten unbestritten.

Stadtrat Biedermann Peter, namens der GPK, teilt mit, dass man das Geschäft eingehend beraten hat. Die Vorlage ist verständlich und die Festlegung des Baurechtszinses ist gut begründet. Die anwesenden Auskunftspersonen konnten die gestellten Fragen beantworten. Das Geschäft ist formell in Ordnung. Die GPK leitet das Geschäft an den SR zur Beratung und Beschluss weiter. Die

finanziellen Aspekte bei diesem Geschäft sind für Burgdorf nur ein Interesse. Das Regionalspital hat für Burgdorf eine sehr grosse Bedeutung. Die Erstellung des Parkhauses betrifft einen Teil der Ausbaupläne des Spitals. Der Ausbau führt zu einem konkurrenzfähigen Spital mit einer zeitgemässen Infrastruktur. Burgdorf hat aus verschiedenen Gründen ein sehr grosses Interesse am Ausbau und langfristigen Erhalt des Spitals. Die Bestrebungen des Spitals zur Weiterentwicklung sind sehr zu begrüssen.

Seitens des GR und SR werden keine Bemerkungen gemacht.

A b s t i m m u n g

1. Der Stadtrat genehmigt die Abgabe des Grundstück GBBL xy von ca. 3'112 m² an die Regionalspital Emmental AG im Baurecht zu den in Ziffer 5 aufgezeigten Bedingungen.
2. Der Stadtrat ermächtigt den Gemeinderat zum Abschluss des Baurechtsvertrages mit der Regionalspital Emmental AG.
3. Der Stadtrat genehmigt die Entwidmung der für das Baurecht abparzellierten Fläche vom Verwaltungs- ins Finanzvermögen. Bei dieser Übertragung entsteht ein Buchgewinn von Fr. 1'067'416.--, welcher im Rechnungsjahr 2013 oder 2014 der Laufenden Rechnung zugeführt wird (Rubrik 7410.424.01 Buchgewinne Finanzvermögen, Produkt 7000 Finanzen).
4. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.

Der Stadtrat genehmigt einstimmig die Anträge.

6. Änderung der baurechtlichen Grundordnung im Bereich der ehemaligen Gärtnerei Heubach

Stadtratspräsident Ingold Rolf stellt die Eintretensfrage. Gemäss Stillschweigen ist das Eintreten unbestritten. Der Vorsitzende informiert, dass der beiliegende Auszug des Baureglementes ein Entwurf ist. Durch Zustimmung des SR wird dieses dem AGR zur Genehmigung vorgelegt. Der Vorsitzende orientiert über das weitere Vorgehen. Zuerst erfolgen die Voten der Sprecher des GR und der GPK. Danach erfolgt die allgemeine Umfrage im Rat. Im Anschluss erfolgt die Diskussion zu den Änderungen im Baureglement. Am Schluss erfolgt die Abstimmung über die Anträge.

Stadträtin Fankhauser Larissa, namens der GPK, teilt mit, dass Stadtpräsidentin Zäch Elisabeth und Herr Hänsenberger Peter, Leiter Baudirektion, die GPK ausführlich über das Verfahren der Änderung der baurechtlichen Grundordnung informiert haben. Das Grundstück war ursprünglich als Reserve für den Friedhof gedacht gewesen, doch es stellte sich heraus, dass eine solche nicht mehr nötig ist. Der Entscheid, eine Überbauung vorzunehmen, war aber kein alleiniger Entscheid, sondern ein Prozess mit den Grundstückseigentümern, Investoren und den Verantwortlichen der Stadt Burgdorf. Die GPK begrüsst das gute Projekt, nicht zuletzt aufgrund des positiven Nebeneffekts der Mehrwertabschöpfung zugunsten der Stadt Burgdorf, welche jedoch gemäss Baureglement zwingend in die Infrastruktur investieren muss, welche in einem indirekten Zusammenhang mit der Überbauung steht. Die Vorlage ist formell in Ordnung. Die GPK überweist das Geschäft zur Beratung und zum Beschluss an den SR.

Seitens des GR werden keine Bemerkungen gemacht.

Stadtrat Rosser Bruno, namens der SVP-Fraktion, teilt mit, dass man das Geschäft eingehend geprüft hat. Die SVP-Fraktion dankt dem GR, dass man Herrn Heubach Ueli die Möglichkeit gibt für die sogenannte Umnutzung. Die SVP-Fraktion wird den Anträgen des GR einstimmig zustimmen.

Stadtrat Sägesser Heinz, namens der Grünen-Fraktion, dankt für die sorgfältig ausgearbeitete Vorlage. Für die Grünen-Fraktion besteht ein Wehmutstropfen. Die Fussgängererschliessung via Friedhof wird ab 20.00 Uhr nicht mehr möglich sein. Der Friedhof wird geschlossen. Die Grünen-Fraktion geht davon aus, dass im weiteren Verfahren dies noch genauer angeschaut wird. Die Grünen-Fraktion wird weiterhin ein Auge darauf halten. Die Grünen-Fraktion stimmt der Vorlage zu.

Stadtratspräsident Ingold Rolf informiert, dass er im Entwurf des Baureglementes nichts Spezielles gefunden hat. Die Kommentare hat er nicht angeschaut. Neu ist die ZPP36 Heubach. Die Zustimmung des AGR muss dazu noch erfolgen.

Abstimmung

1. Die Änderung der baurechtlichen Grundordnung im Bereich der ehemaligen Gärtnerei Heubach wird beschlossen.
2. Die Änderung der baurechtlichen Grundordnung wird beim Amt für Gemeinden und Raumordnung zur Genehmigung eingereicht.

Der Stadtrat genehmigt einstimmig die Anträge.

7. Voranschlag 2014

Stadratspräsident Ingold Rolf stellt die Eintretensfrage. Gemäss Stillschweigen ist das Eintreten unbestritten. Der Vorsitzende informiert, dass seitens der GLP eine schriftliche Parlamentserklärung gemäss Artikel 26e des Stadtratsreglementes eingereicht wurde. Der Vorsitzende informiert über das weitere Vorgehen. Zuerst erfolgen die Sprecher der GPK und des GR, danach erfolgt die allgemeine Umfrage im Rat. Anschliessend erfolgt die Detailberatung und dann die Behandlung der Parlamentserklärung. Zum Schluss erfolgt die Schlussabstimmung über die Anträge.

Stadtrat Berger Stefan, namens der GPK, informiert, dass es sich um ein wichtiges Geschäft handelt. An der ordentlichen Sitzung vom 17. Oktober 2013 hat sich die GPK intensiv mit dem Voranschlag 2014 auseinandergesetzt. Als Auskunftspersonen konnte die GPK Gemeinderat Probst Andrea, als Vertretung von Gemeinderat Urech Peter, und Herr Hofer Peter, Leiter Finanzdirektion, begrüssen. In gewohnter Weise wurde das Budget klar und verständlich erläutert und die von der GPK gestellten Fragen konnten zur vollen Zufriedenheit beantwortet werden. An die mittlerweile bekannte Struktur und die entsprechende Darstellung des Voranschlages nach NPM hat man sich gewöhnt. Das Einlesen wird dadurch einfacher und die Beurteilung effizienter. Der Voranschlag ist wie gewohnt übersichtlich, gut lesbar und mehrheitlich verständlich. Die konstruktiven Kritiken der letzten Jahre sind eingeflossen. Die Kommentare zu jeweiligen Produktgruppen sind in den meisten Fällen aussagekräftig und erklärend. Schön wäre es, wenn nicht mehr benötigte Produktgruppen jeweils auch aus dem Voranschlag entfernt würden. Auf die Zahlen geht Stadtrat Berger Stefan nicht im Detail ein. Die Höhe des Ausgabenüberschusses wurde in den letzten Jahren in den Finanzplänen aufgeführt und musste so erwartet werden. Die massiv höheren Kantonsabgaben von 1.5 Mio. Franken konnten zu einem grossen Teil durch die eingeleiteten Sparmassnahmen wettgemacht werden. Das zeigt den Willen des GR und der Verwaltung, Einsparungen zu tätigen und mit den Finanzen sorgsam umzugehen. Klar ist, dass das vorhandene Eigenkapital zur Deckung des erwarteten Ausgabenüberschusses noch reicht. Warum der GR in der Presse in dieser Art und Weise kritisiert wurde, ist nicht verständlich. Nach wie vor besteht aber ein strukturelles Defizit von rund 2 Mio. Franken pro Jahr und die Tatsache, dass Neuinvestitionen nicht aus dem Cashflow finanziert werden können, ohne dass sich die Stadt Burgdorf neu verschuldet. Auf diesen Tatsachen muss in den nächsten Jahren klar der Fokus gesetzt werden. Dafür muss der SR wie auch der GR in den kommenden Jahren tragfähige Lösungen suchen und finden. Wir alle sind in der Verantwortung und müssen diese als gewählte Parlamentarier wahrnehmen. Ein hin- und herschieben der Verantwortung geht nicht mehr. Gemeinderat Urech Peter wird sich sicherlich im Anschluss noch deutlicher zu den effektiven Zahlen äussern. Der Rat respektive die Fraktionen werden dazu sicher auch noch das eine oder andere sagen wollen. Die GPK dankt den Auskunftspersonen und der Verwaltung nochmals für die konstruktive Anhörung und kompetente Beantwortung der Fragen. Die GPK empfiehlt dem SR einstimmig, das Budget und die Anträge des GR zu behandeln und das Budget zu überweisen.

Gemeinderat Urech Peter teilt mit, dass der Voranschlag ein wichtiges Thema in der Öffentlichkeit ist. Mit der Stadtratsvorlage wurde auch die ausführliche Budgetdokumentation nach Produktgruppen sowie der Aufgaben- und Finanzplan 2015- 2017 abgegeben. Alle relevanten Daten sind in diesen Unterlagen aufgeführt. Das Defizit von 3.9 Mio. Franken ist auch für den GR nicht erfreulich. Der GR hat ebenfalls keine Freude an der momentanen Situation. Die finanzielle Lage ist aber auch nicht überraschend. Beim Finanzplan zum Budget 2013 wurde für das Jahr 2014 mit einem Defizit von 3.5 Mio. Franken gerechnet. Diese Aussage erfolgte ebenfalls an der Infoveranstaltung des SR im letzten August. In Anbetracht dessen, dass Burgdorf 1.5 Mio. Franken mehr kantonale Abgaben zu entrichten hat, wäre man vom Defizit her tiefer als vorgesehen. Bei den Mehrkosten konnten durch den Lastenausgleich und ähnliches über 1 Mio. Franken kompensiert werden. Die beeinflussbaren Kosten und Erträge der Stadt Burgdorf konnten vollumfänglich eingehalten werden. Die Sanierungsmassnahmen 2011 bis 2013 zeigen ihre Wirkung und dank dieser Massnahmen hat die

Stadt Burgdorf keinen Bilanzfehlbetrag ausgewiesen. Die Personalkosten sind brutto Fr. 705'000.-- höher. Netto betragen die Personalkosten, unter Berücksichtigung des Lastenausgleiches, Fr. 470'000.--. Es mussten neue Stellen geschaffen werden, wie zum Beispiel bei der TAGI, der Sozialhilfe, der AHV und der Informatik. Die Personalmassnahmen, bestehend aus dem Erfahrungsanteil mit 0.5 %, dem Leistungsanteil von 1 % und der Teuerung mit 0.5 %, ergeben den Nettobetrag von Fr. 470'000.--. Bei den Steuern sind Mehrerträge von rund 0.7 Mio. Franken vorgesehen. Trotz der vergangenen Steuergesetzrevisionen konnte die Stadt Burgdorf leicht zulegen. Dies ist nur Dank dem anhaltenden Bevölkerungszuwachs möglich. Man erwartet deshalb, dass es sich bei den Steuererträgen in den folgenden Jahren positiv auswirkt. Die Infrastrukturkosten sind in diesem Zusammenhang natürlich auch gewachsen. Die zusätzlichen Kantonsabgaben sind gewachsen. Jetzt sollte man auf der Einnahmeseite den Bevölkerungszuwachs auch merken. Bei den geplanten Aufwandüberschüssen 2013 und 2014 bleibt das Eigenkapital bei zirka 4.5 Mio. Franken. Die Investitionen konnten mit keinen eigenen Mitteln finanziert werden. Die geplanten Nettoinvestitionen von 5.5 Mio. Franken führen zur entsprechenden Neuverschuldung. Der Investitionsplan wird an den Strategiesitzungen im Frühling durch den GR intensiv überarbeitet. Jedes Projekt wird auf der Zeitachse priorisiert. Wenn die Zahlen des Kantons in Zukunft verlässlicher sind als bisher, rechnet die Stadt Burgdorf in den folgenden Jahren mit Defiziten von 1.8 bis 2.6 Mio. Franken pro Jahr. Unsicher sind noch die positiven Sonderfaktoren wie zum Beispiel Buchgewinne. Die kantonalen Sparmassnahmen sollten Burgdorf positiv entlasten. Im Verlauf des Novembers werden wir mehr wissen, wenn die Debatte im Grossrat stattfindet. Wenn alle Sonderfaktoren wie geplant realisiert werden können, verfügt die Stadt Burgdorf per Ende 2017 über ein Eigenkapital von rund 4.5 Mio. Franken anstelle eines Bilanzfehlbetrages. Wenn die Sonderfaktoren nicht eintreffen, würde der Bilanzfehlbetrag zirka 1.1 Mio. Franken betragen. Obwohl die einzelnen Abänderungsanträge noch nicht offiziell eingereicht worden sind, nimmt der GR dazu Stellung. Zum Abänderungsantrag zum Punkt 2, der verlangt den Aufwandüberschuss um Fr. 400'000.-- zu reduzieren, erklärt der GR, dass er an seinen Anträgen festhält. Der damit tangierte Personalbereich ist immer noch im Aufholstatus. Das Personal hat bei den Sanierungsmassnahmen seinen Beitrag geleistet. Der Antrag, die Liegenschaftssteuer zu erhöhen, wird vom GR einstimmig abgelehnt. Die Parlamentserklärung kann der GR annehmen und entsprechend überprüfen. In der Diskussion müssten Varianten vorgeschlagen und das Vorgehen diskutiert werden. Der GR ist bereit, die Parlamentserklärung entgegen zu nehmen und zu überprüfen sowie dem SR entsprechend zu unterbreiten.

Stadtrat Berger Stefan möchte wissen, von wem die erwähnten Anträge eingereicht worden sind. Die Anträge liegen nicht schriftlich vor.

Stadtratspräsident Ingold Rolf teilt mit, dass seitens der GLP die Parlamentserklärung eingereicht worden ist. Die EVP-Fraktion beantragt, die Liegenschaftssteuer auf 1.5 Promille zu erhöhen. Die BDP, CVP, EDU, GLP und FDP beantragt, beim Punkt 2 der Anträge den Aufwandüberschuss um Fr. 400'000.-- zu reduzieren. Dieser Antrag hätte zur Folge, dass bei den Anträgen 1 bis 3 ein Einschub gemacht werden müsste, weil beim Punkt 3 der GR ermächtigt werden muss, die Saldi der verschiedenen Organisationseinheiten den Deckungsbeitrag 5 entsprechend anzupassen. Der GR muss die Möglichkeit haben, den Betrag auf die entsprechenden Direktionen zu verteilen.

Stadtrat Gerber Thomas, namens der SVP, beantragt, den Voranschlag 2014 zurückzuweisen. In den letzten Jahren konnte das Defizit durch verschiedene Verkäufe von Liegenschaften oder Land immer reduziert werden. Dadurch sind anständige Resultate entstanden. Jetzt ist aber das Gold verkauft und man kann in diesem Stil nicht mehr weiterfahren. Damit der SR direkt auf das Budget Einfluss nehmen kann, ist NPM wahrscheinlich nicht das richtige Instrument. In den jeweiligen Produktgruppen ist ein Pauschalbetrag vorgesehen. Als Politiker kann nicht nachvollzogen werden für was und wie der Betrag gebraucht wird. Man ist sich bewusst, dass die gebundenen Kosten bei über 80 % liegen. Um das Defizit zu reduzieren, hätte der GR die Möglichkeit gehabt, einen kleinen Spielraum auszuspielen. Der GR hat es aber verstanden, vom SR Sparvorschläge einzuholen. Es ist aber nicht Sache des SR zu entscheiden, wo wieviel gespart werden muss. Man kann sich aber vorstellen, innerhalb der Produktgruppe und Direktion gewisse Produktgruppen aufzuteilen und einer anderen Produktgruppe zuzuordnen damit externe Kosten gespart werden können. Wenn ein Aufwandüberschuss budgetiert worden ist, muss man gemäss Artikel 54 der Gemeindeordnung innerhalb von vier Jahren schauen, dass es zu keinem Bilanzfehlbetrag kommt und wie man es allenfalls ausgleichen kann.

Antrag SVP
Rückweisung des Voranschlages 2014

Stadtrat Rappa Francesco, namens der meisten Bürgerlichen Stadtratsmitglieder, dankt allen Beteiligten für den Voranschlag 2014. Der Voranschlag wird immer wie übersichtlicher. Sicher kennt jeder die Filmkomödie "Und täglich grüsst das Murmeltier" mit Bill Murray aus dem Jahr 1993. Genau so kommt es einem vor und das unabhängig auf welcher Seite man im Gemeindesaal sitzt, unabhängig welche Meinung man vertritt und unabhängig wie die Debatte schlussendlich ausgeht. Der Voranschlag erscheint jährlich und immer wieder muss man über Aufwandüberschüsse debattieren. Es ist ein Ping-Pong-Spiel der beteiligten vier Gruppen, nämlich des GR, des SR, der Verwaltung und der Steuerzahler. Ein echter Sieger geht dabei nicht hervor. Der GR, der SR und die Verwaltung stehen aber gegenüber den Mitbürgerinnen und Mitbürgern in der Verantwortung. Diese Verantwortung müssen wir jetzt wahrnehmen. Die Tage nach der Zustellung der Unterlagen waren geprägt mit emotionalen Reaktionen und sicher auch Missverständnissen. Dies ist aber verständlich. Die bürgerlichen Parteien haben sich zusammen gerauft um einen konstruktiven Beitrag zu leisten. Man konnte sich mit einem Kompromiss durchringen und zwar nach dem Motto "lieber ein Spatz in der Hand, als die Taube auf dem Dach". Der Aufwandüberschuss soll für Burgdorf um Fr. 400'000.-- reduziert werden. Den Bürgerlichen soll nicht vorgeworfen werden, wie beim Ping-Pong-Spiel, den Ball zurück zu spielen. Die Bürgerlichen machen hier und jetzt einen Verbesserungsvorschlag. Die Fr. 400'000.-- wurden unter anderem im Bereich der Lohnsummenanpassung ausgemacht. Seit 2013 und den kommenden Jahren wird bekanntlich der Rotationsgewinn nicht mehr der Stadtkasse zugeführt, sondern bleibt in der Lohnsumme. Wie in Erfahrung gebracht werden konnte, kann der Rotationsgewinn die Lohnerhöhungen im Bereich Erfahrungsanteil und der Teuerungsausgleich finanzieren. Die Mitarbeitenden müssten lediglich auf die Leistungserhöhung verzichten. Dies ist jedoch nicht zwingend, man muss einfach Fr. 400'000.-- einsparen. Es sollte also nicht weh tun. Die verantwortungsbewussten Mitglieder des SR werden gebeten, dem Abänderungsantrag zuzustimmen. Bei einer Ablehnung kann für nichts mehr garantiert werden. Es könnte tatsächlich dazu führen, dass der Antrag 2 abgelehnt wird. Die Konsequenzen sind sich alle bewusst. Die Mehrheit der bürgerlichen Parteien werden an der nächsten Sitzung einen überparteilichen Auftrag einreichen und konkrete Vorschläge unterbreiten. Die Verantwortung muss von allen getragen werden. Man hofft auf eine breite Unterstützung aller. Die BDP, CVP, EDU, GLP und FDP bittet den SR, dem Abänderungsantrag zuzustimmen und den Aufwandüberschuss zu reduzieren.

Antrag Bürgerliche Parteien

Der Aufwandüberschuss 2014 beträgt statt Fr. 3'904'382.05 neu Fr. 3'504'382.05.

Stadträtin Pieren Nadja hat eine Frage zum weiteren Vorgehen. Es steht der Rückweisungsantrag der SVP-Fraktion im Raum. Es stellt sich die Frage, ob man nicht über den Antrag abstimmen muss. Wenn diesem zugestimmt wird, hätte sich die Debatte zum Voranschlag erledigt. Es wäre unlogisch, den Rückweisungsantrag nach der Debatte zu behandeln.

Stadtratspräsident Ingold Rolf informiert, dass er an seinem Vorgehen wie anfangs erläutert, festhält. Es geht auch um die Würdigung der Arbeit zum Voranschlag. Die Detailberatung soll durchgeführt werden. Es ist am SR entsprechende Voten zu formulieren oder nicht. Die eingereichten Anträge sowie die Parlamentserklärung werden am Schluss behandelt.

Stadträtin Rüfenacht Andrea, namens der SP-Fraktion, ist mit dem Vorgehen des Vorsitzenden einverstanden. Die SP-Fraktion nimmt vom vorliegenden Budget Kenntnis und stellt fest, dass die Aussage, wie im Finanzplan präsentiert, leider unterschritten wird. Nichts desto trotz ist dies eine Leistung, denn im Frühling wurde seitens des Kantons Bern nochmals eine grössere Forderung gestellt, mit der man vorher nicht wirklich rechnen konnte. Die SP-Fraktion dankt der Verwaltung, insbesondere Herr Hofer Peter, Leiter Finanzdirektion, für die geleistete Arbeit. Einmal mehr hat es der GR knapp geschafft. Im Gegensatz zum letzten Jahr sind die Zahlen in diesem Jahr hässlich. Diese Zahlen wurden jedoch im Finanzplan vorausgesagt. Man musste erneut den Sparhebel ansetzen um nicht in ein grösseres Defizit zu geraten. Ist Burgdorf eigentlich die Insel der Glückseligen? Die Realität im Kanton sieht jedoch anders aus. Im Kanton Bern haben bereits einige Gemeinden die Steuern erhöht oder planen eine Steuererhöhung. Der Grund ist bei allen Gemeinden der gleiche, nämlich der Kanton. Der Kanton, mit einer Bürgerlichen Mehrheit, verzichtet locker auf Einnahmen und holt dafür das Geld bei den Gemeinden. In Burgdorf geht es noch einmal ohne Erhöhung. Aus Sicht der SP-Fraktion ist es das letzte Mal. Für das Budget 2015 erwartet die SP-Fraktion klare Vorschläge für die Einnahmeseite. Die SP-Fraktion wird ebenfalls Vorschläge unterbreiten. Der GR soll die Vorlage sorgfältig ausarbeiten und so vorlegen, dass die Diskussionen in den Parteien bereits vor der Stadtratssitzung stattfinden kann. Deshalb sieht die SP-Fraktion keinen Grund, heute ein Vorstoss einzureichen oder zu unterstützen. Es wäre sinnvoller, wenn diejenigen,

welche jetzt mehr sparen möchten, in Zukunft auf alle Ideen, Anfragen oder Eingaben zu Infrastrukturen oder Ereignissen konsequent verzichten würden. Alle Ideen kosten die Stadt Burgdorf viel Geld. Gespart ist genug. Das strukturelle Defizit wird nicht von alleine verschwinden und auch nicht um einige Hunderttausend Franken reduziert. Die SP-Fraktion erwartet von allen Fraktionen konkrete Vorschläge. Man ist gespannt auf die Sitzung im Dezember. Es sollen nicht Zahlenvorgaben gemacht werden. Die SP-Fraktion lehnt auch den Antrag der GLP ab. Immerhin muss man aber dankbar zur Kenntnis nehmen, dass die GLP auch nicht nach Sofortmassnahmen verlangt. Betreffend den Personalmassnahmen sei an die Stellungnahme der SP-Fraktion vor einem Jahr erinnert. Wenn die 1 % Leistungsanteil nicht bezahlt werden, so muss ein neues Personalreglement gemacht werden. Ein Leistungssystem mit einem warmen Händedruck ist ein Witz. Dies kann nicht einmal in der Privatwirtschaft so gemacht werden. Der Erfahrungsanteil wie auch so viele andere Kosten im Gemeindebudget sind nicht verhandelbar. Es müsste deshalb eine Reglementsänderung beantragt werden. Zwischen den Budgetsitzungen hat man ein Jahr Zeit. Zudem haben wir einen ziemlich verlässlichen Finanzplan, der aufzeigt wohin es geht. Der Teuerungsausgleich wird nur ausbezahlt, wenn der Kanton Bern dies macht. Wer die Situation verfolgt, hat festgestellt, dass es sehr wahrscheinlich nicht stattfinden wird. Ein Sparpotenzial an dieser Stelle kann nicht gefunden werden. Das Votum von Stadtrat Rappa Francesco tönt ziemlich vage nach einer Erklärung. Wo man die Fr. 400'000.-- einsparen kann, ist nicht ersichtlich. Die SP-Fraktion wird den Anträgen des GR zustimmen.

Gemeinderat Urech Peter teilt mit, dass es speziell ist, wenn man verlangt, dass der GR sparen soll, aber keine konkreten Vorschläge gemacht werden. Man nimmt sich so aus der Verantwortung. An dieser Stelle werden keine Beispiele genannt, wo das Stadtparlament bei diversen Projekten nicht gespart hat. Es ist ein bisschen einfach, wenn ein Rückweisungsantrag vorliegt und man diesen nicht wirklich begründet. Mit dem Rückweisungsantrag wird vom GR verlangt, irgendwie zu sparen, aber die Steuern dürfen nicht erhöht und Leistungen nicht abgebaut werden. Wenn das Parlament dem Rückweisungsantrag zustimmt, verursacht dies auch Kosten. Für die Erarbeitung eines neuen Budgets rechnet man mit rund Fr. 100'000.--. Ein neues Budget würde frühestens an der Sitzung im März 2014 traktandiert. Wenn keine Vorgaben gemacht werden, wo gespart werden soll, müsste der GR entsprechende Vorschläge unterbreiten. Es könnte nicht ausgeschlossen werden, dass dann eine Steuererhöhung vorgeschlagen werden muss. Der Ausgang mit einem mehrheitlich Bürgerlichen Parlament ist klar. Wenn das Budget dann abgewiesen werden sollte, würde sehr schnell der Kanton das Zepter übernehmen. Es ist bekannt, wie der Kanton spart. Der Kanton würde Burgdorf sagen, was man machen muss. Dieser Situation muss man sich bewusst sein.

Stadträtin Kuster Müller Beatrice, namens der EVP-Fraktion, teilt mit, dass alle im gleichen Boot sitzen. Nicht nur der GR und SR sitzen in diesem Boot, sondern auch die ganze Burgdorfer Bevölkerung. Der SR hat heute die Verantwortung, über einen Voranschlag mit einem strukturellen Defizit von knapp 4 Mio. Franken zu entscheiden. Egal welche Meinung man gegenüber dem Sparen und den Einnahmen hat, man wird sehr schnell in eine Schachtel gesteckt. Man ist entweder Gemeinderatsfeindlich oder Verwaltungsfeindlich, man ist links oder rechts, man macht auf Panik oder man ist gegen gute Bildung und Arbeitsplätze. Es könnte sogar Wahlstrategisch schlecht sein. Es muss aber irgendetwas geschehen. Man kann sich nicht immer auf das nächste Jahr verträsten. Es werden unliebsame Entscheide sein. Wenn nicht mehr so viel eingenommen wird, wie man für den Haushalt braucht, muss man dafür besorgt sein. Man schaut in eine besorgte finanzielle Zukunft in Burgdorf. Aus diesem Grund hat die EVP-Fraktion den Antrag um die Erhöhung der Liegenschaftssteuer eingereicht. Der SR muss Verantwortung übernehmen.

Antrag EVP

Punkt 1. b) Eine Liegenschaftssteuer von 1.5 Promille des amtlichen Wertes

Stadträtin Bachmann Véronique beantragt formell juristisch, dass bei der Abstimmung zuerst über den geänderten Bürgerlichen Abänderungsantrag und dann über den Rückweisungsantrag abgestimmt wird. Die Rückweisung kann man jederzeit verlangen. Je nach Ausgangslage ist es wichtig, dass man zuerst über die geänderten Abänderungsanträge entscheidet.

Stadtratspräsident Ingold Rolf orientiert, dass es so vorgesehen ist.

Stadtrat Ritter Michael, namens der GLP, informiert, dass der vorliegende Voranschlag 2014 sehr schlecht ist. Drei Gründe sprechen aber für eine Annahme des Voranschlages. Das Eigenkapital und der Rechnungsüberschuss relativieren das Defizit einwenig. Das Defizit kann gedeckt werden. Es ist klar, dass es so nicht weitergehen kann. Es wird aber daran gezweifelt, dass eine Rückweisung oder

Ablehnung des Voranschlages derart kurzfristig etwas bringt ausser zusätzliche Kosten. In jüngeren Zeiten und insbesondere im Jahr 2012 gab es keine Vorgaben des SR zum Finanzplan. Man kann deshalb nicht so überrascht sein. Die Entwicklung war klar sichtbar. Eine Ablehnung oder Rückweisung des Voranschlages ist unter diesen Voraussetzungen des SR etwas selbstgefällig. Die Rechnungen haben über eine lange Zeit immer viel besser abgeschnitten als budgetiert wurde. Dies ist vor allem der Fall, weil Land verkauft und Buchgewinne erzielt wurden. Dies relativiert das Defizit ein bisschen. Der GR hat nicht wirklich gespart. Trotzdem fiel die Rechnung in den letzten Jahren immer besser aus. Die GLP stimmt den Anträgen des GR trotz Bedenken zu. Die GLP reicht heute wie bereits vom Vorsitzenden erwähnt, eine Parlamentserklärung ein. Die GLP schlägt dem SR vor, für das Budget 2015 gewisse Vorgaben zu machen. Das Defizit soll beschränkt werden. Die eingereichte Parlamentserklärung wurde von verschiedener Seite angegriffen. Einerseits gab es Stimmen, die solche Vorgaben grundsätzlich nicht wollen, weil sie eine Lösung der Finanzprobleme nicht mit Steuererhöhungen sehen. Es ist keine Unterstellung gegenüber der SP-Fraktion. Andererseits gab es Stimmen, die der Meinung sind, dass die Vorlage der GLP zu lasch ist. Wenn man bereits für das Jahr 2015 ein ausgeglichenes Budget verlangt, müssen rasche Sparmassnahmen getroffen werden. Solche Sparmassnahmen kämen womöglich bei den Bürgerlichen nicht so gut an. Die GLP ist von ihrer Parlamentserklärung überzeugt und empfiehlt die Annahme.

Parlamentserklärung GLP

Fürs übernächste Budgetjahr 2015 soll der Gemeinderat einen Voranschlag mit einem Aufwandüberschuss von höchstens 1.5 Mio. Franken vorlegen. Der Finanzplan 2015 - 2017 ist entsprechend anzupassen.

Stadtrat Bucher Theophil, namens der Grünen-Fraktion, dankt allen Beteiligten für den Voranschlag 2014. Es ist spürbar, dass viel Arbeit dahinter steckt. Der Voranschlag ist gut lesbar. Es sind schon einige Anträge eingebracht worden. Beim Sparvorschlag zum Personal stellt sich die Grünen-Fraktion ganz klar zum Votum der SP-Fraktion. Man hat Mühe, mit der ultimativen Form der Forderung, weil es sich um ein Ultimatum an den Rat handelt. Entweder werden die Fr. 400'000.-- gespart oder das Budget wird zurückgewiesen. Es soll die nötige Vernunft gezeigt werden, damit Burgdorf nicht ohne genehmigtes Budget dasteht. Die Folgen bei einer Rückweisung sind allen bekannt. Eine Zusatzrunde beim Budget bringt viel weniger als man sich erhofft. Man spielt den Ball zurück an den GR. Ein solches Vorgehen wäre nicht fair nachdem was alles geleistet worden ist. Bei allfälligen Massnahmen zur Steuererhöhung wird später nochmals das Wort ergriffen.

Detailberatung

(Seiten bzw. Produktgruppen ohne Bemerkungen werden nicht aufgeführt.)

Kommentar zum Voranschlag / Seite 7

Stadtrat Rosser Bruno bemerkt, dass das Eigenkapital auf der Seite 5 und 7 jeweils mit einem anderen Betrag aufgeführt ist.

Herr Hofer Peter, Leiter Finanzdirektion, teilt mit, dass es sich um einen Schreibfehler handelt. Richtig sind die 11.6 Mio. Franken Eigenkapital.

Präsidialdirektion / Seite 21 - 37

Stadträtin Kuster Müller Beatrice stellt fest, dass die Kosten beim Stadtmarketing ziemlich massiv erhöht wurden. Diese Erhöhung wurde zwar begründet, ist aber nicht nachvollziehbar.

Herr Hofer Peter, Leiter Finanzdirektion, verweist auf das Deckungsschema auf der Seite 29. Die Erhöhung bezieht sich auf die kalkulatorischen Kosten und Erlöse. Die Steigerung beträgt rund Fr. 80'000.-- und resultiert aus den Abschreibungen. Die Abschreibungen erfolgen auf den bewilligten Krediten für das ESAF 2013, das Schloss und dem Stadtmagazin. Deshalb steigen die Abschreibungskosten der Investitionskredite.

Stadtpräsidentin Zäch Elisabeth ergänzt, dass zusätzlich die Kornhausmesse mit Fr. 15'000.-- unterstützt wurde. Zudem wurde der Mitgliederbeitrag an den Verein Region Emmental angepasst. Die steigende Einwohnerzahl der Stadt Burgdorf verlangt eine entsprechende Anpassung. Die pro Kopf Abgaben betragen Fr. 3.30. Hauptsächlich ist der höhere Betrag aber auf die Abschreibungen der Investitionskredite zurückzuführen. Beim Schloss Burgdorf ist ebenfalls ein Investitionskredit am Laufen.

Bildungsdirektion / Seite 89 - 101

Stadtrat Bucher Theophil hat eine Bemerkung zum Budgetposten Bildung. Im Gegensatz zur Aussage von heute Abend betreffend der Erhöhung der Steuereinnahmen aufgrund der Bevölkerungszunahme, steht auf der Seite 91, dass durch die Bevölkerungszunahme auch mehr Schüler zur Schule gehen werden. Es müssen neue Klassen eröffnet werden. Der Beitrag nimmt doch um einige tausend Franken zu. Ist es die Hoffnung, dass es sich doch noch positiv auswirkt oder ist der Bevölkerungswachstum ein Mythos.

Herr Hofer Peter, Leiter Finanzdirektion, teilt mit, dass bei der Produktgruppe 50 Bildung Mehrkosten vorhanden sind. Einerseits durch neue Schulen und neue Klassen. Im Budget 2014 ist ein neuer Kindergarten vorgesehen. Dabei entstehen indirekte Kosten durch kantonale Lehrerabgaben. Zusätzlich steigen die einzelnen Vollzeiteinheiten. Die Preise pro Lektion werden teurer, auch durch die Steigerung der kantonalen Lehrerkosten. Diese Kosten steigen ziemlich massiv und zwar von Fr. 130'000.-- auf 135'000.-- für eine Vollzeitstelle. Dies bedeutet extreme Mehrkosten. Dazu kommen auch noch die Infrastrukturkosten. Die Infrastruktur wurde gebaut und ist vorhanden, aber dies bedeutet auch massive Mehrabschreibungen in den letzten und zukünftigen Jahren. Man hofft, dass der Schulraum vorläufig ausreicht. Die Steuereinnahmen werden einerseits durch die Steuergesetzrevisionen aufgefressen und andererseits ist die Bevölkerung in Burgdorf jünger als in anderen Regionen der Schweiz. Dadurch ist das Steuersubstrat automatisch tiefer. Dazu sind aber keine Einwirkungen möglich.

Finanzdirektion / Seite 123 - 133

Stadträtin Bossard-Jenni Tabea, namens der EVP-Fraktion, teilt mit, dass man sich zur finanziellen Entwicklung der Stadt Burgdorf Gedanken gemacht hat. Die EVP hat sich intensiv mit diesem Thema auseinandergesetzt. Es wurden verschiedene Varianten diskutiert wie eventuell die Ausgaben gesenkt oder Einnahmen generiert werden könnten. Im Unterschied zu der Erhöhung der Gebühren erachtet die EVP-Fraktion die Liegenschaftsteuererhöhung als sozialere Art, die Einnahmen zu steigern. Diese Massnahmen trifft nicht in erster Linie diejenigen, welche sowieso bereits bei knapper Kasse sind. Und es trifft auch nicht diejenigen, bei denen man Angst haben muss, dass sie im nächsten Jahr wegziehen. Es trifft die Hauseigentümer. Die Hauseigentümer sollten eigentlich ein grosses Interesse haben, dass sich Burgdorf finanziell sanieren kann. Leistungen die von der Stadt Burgdorf bezogen werden, muss man schlussendlich auch bezahlen. Man kann nicht immer nur profitieren. Man muss die Bereitschaft erbringen, die Leistungen finanziell zu begleichen oder auf Leistungen zu verzichten. Die EVP-Fraktion möchte nachhaltig die Verantwortung wahrnehmen und beantragt aus diesem Grund die Erhöhung der Liegenschaftssteuer. Die Erhöhung der Liegenschaftssteuer ist ein wirksames Mittel und soll der Stadt Burgdorf die Möglichkeit geben, sich finanziell zu erholen. Zudem könnte sie ein Instrument sein um das Budget auszugleichen und später auch wieder reduziert werden.

Antrag EVP

Punkt 1. b) Eine Liegenschaftssteuer von 1.5 Promille des amtlichen Wertes

Stadtrat Bucher Theophil, namens der Grünen-Fraktion, teilt mit, dass es kein grosser Unterschied macht, ob der Antrag der EVP-Fraktion für das Budget 2014 oder 2015 vorgelegt wird. Der Voranschlag 2014 weist einen sehr hohen Fehlbetrag aus. Dies ist auf der Seite 9 klar sichtbar. Es können keine Nettoinvestitionen aus dem Cashflow finanziert werden. Der Finanzierungsfehlbetrag von über 6 Mio. Franken ist ein happiger Betrag. Man darf betreffend der Finanzen nicht mehr unbesorgt sein. Das Eigenkapital schwindet und die Situation bei den Schulden verschlechtert sich. An den Schulden, wenn diese weiterhin steigen und nicht abgebaut werden können, werden wir einmal schwer zu beißen haben. Irgendwann müssen wir auch auf der Einnahmeseite reagieren. Der Antrag der EVP-Fraktion ist unterstützenswert. Jedes weitere Jahr, das wir warten mit diesem Schritt, manövrieren wir uns in eine grössere finanzielle Schräglage. Die Grünen-Fraktion unterstützt deshalb den Antrag der EVP-Fraktion. Generelle Sparmassnahmen treffen vor allem die Schwächeren. Wenn wir vom Sparen reden, und das betrifft auch die Sparmassnahmen bei den Angestellten der Stadt Burgdorf, trifft es die finanziell schwächeren Personen. Eine Erhöhung der Einkommenssteuer würde alle Steuerzahler betreffen und zudem die Schwächeren wieder stärker. Nicht handeln bedeutet, dass unsere Schulden weiter wachsen und ein Finanzfehlbetrag. Somit bürden wir der nachkommenden Generation mehr Schulden auf. Bekannt ist, dass Neuzuzüger in den ersten Jahren als junge Familie vergleichsweise weniger Steuern bezahlen. Die Hypothekarzinsen sind in der heutigen Zeit nicht mehr so hoch. Wer ein Eigenheim besitzt, kann die Liegenschaftssteuer verkraften. Viele im SR sind Eigenheimbesitzer. Der Betrag pro Jahr wäre rund Fr. 200.-- bis 400.--. Gemessen an den heutigen

Hypothekarzinsen ist es ein kleiner Betrag. Die Unternehmer sind oft Liegenschaftsbesitzer und bezahlen nicht unbedingt hohe Steuern. Viele Unternehmer engagieren sich für den Standort und die Angestellten. Bei der Liegenschaftssteuer hat aber das Gemeinwesen einen gewissen Nutzen. Es werden auch viele Leistungen geboten. Die Zupendler, die in Burgdorf arbeiten und auswärts wohnen, sind eine Zentrumsbelastung. Diese Leistungen bekommen wir sonst nirgends finanziert. Der Antrag der EVP-Fraktion wird unterstützt und auch kommende Anträge in dieser Richtung.

Stadträtin Pieren Nadja möchte wissen, ob man bereits jetzt Stellung bezieht zum Antrag der EVP-Fraktion.

Stadtratspräsident Ingold Rolf teilt mit, dass er am gewählten Vorgehen festhält. Nach der Detailberatung werden die eingereichten Anträge behandelt. Bevor über die Anträge des GR abgestimmt werden, behandelt man vorgängig die entsprechenden Anträge.

Stadträtin Pieren Nadja teilt mit, dass man unsicher war, weil bereits ein entsprechendes Votum gefallen ist.

Stadtrat Rosser Bruno beantragt eine kurze Pause.

Stadtratspräsident Ingold Rolf stimmt der beantragten Pause von 10 Minuten zu.

PAUSE

A b s t i m m u n g

Parlamentserklärung GLP

Fürs übernächste Budgetjahr 2015 soll der Gemeinderat einen Voranschlag mit einem Aufwandüberschuss von höchstens 1.5 Mio. Franken vorlegen. Der Finanzplan 2015 - 2017 ist entsprechend anzupassen.

Der Stadtrat lehnt mit 11 Ja und 20 Nein Stimmen bei 7 Enthaltungen die Parlamentserklärung ab.

Antrag Bürgerliche Parteien

Der Aufwandüberschuss 2014 beträgt statt Fr. 3'904'382.05 neu Fr. 3'504'382.05.

Der Stadtrat stimmt mit 22 Ja und 15 Nein Stimmen bei 1 Enthaltung dem Antrag zu.

Antrag EVP

Punkt 1. b) Eine Liegenschaftssteuer von 1.5 Promille des amtlichen Wertes

Stadträtin Pieren Nadja, namens der SVP-Fraktion, lehnt die Erhöhung der Liegenschaftssteuer ab. Die SVP-Fraktion ist komplett anderer Meinung als die EVP-Fraktion. Es ist der falsche Weg und die falsche Art. Man kann nicht die abschöpfen, die bereits viel bezahlen. Es ist der einfachste Weg, wenn man sparen muss und das Geld beim Bürger einfordert anstatt zu sparen. Kurz- und längerfristig wird die Stadt Burgdorf nicht durch höhere Liegenschaftssteuern saniert. Die Attraktivität des Standortes Burgdorf wird dadurch nicht gesteigert. Es sind nicht nur private Personen mit Eigenheimen, sondern auch das Gewerbe und das KMU, die zum Teil grosse Liegenschaften besitzen. Wenn wir Burgdorf stärken wollen, müssen wir bei den Ausgaben sparen und nicht dem Bürger das Geld aus dem Sack ziehen.

Stadtrat Rappa Francesco, namens der BDP-Fraktion, lehnt die Erhöhung der Liegenschaftssteuer ab und verweist auf sein Votum im letzten Jahr betreffend den amtlichen Werten. Die Schätzer des Kantons stehen jeweils am Freitag zur Verfügung um die Liegenschaften zu schätzen. Hier ist definitiv ein Aufholbedarf. Statt die Erhöhung der Liegenschaftssteuern sollten die Schätzungen der Objekte intensiviert werden. Es sind ganz viele Liegenschaften in Burgdorf, welche viel zu tiefe amtliche Werte aufweisen. Der amtliche Wert ist die Basis, dass die Liegenschaftssteuer erhoben werden kann.

Stadträtin Bachmann Véronique kann sich den Vorrednern anschliessen. Gibt aber zu bedenken, dass wenn man bei den Liegenschaften immer wieder die sozialen Elemente anführt, es ganz viele Gewerbetreibende und KMU's gibt, die ihre Pensionskassengelder in ihre Liegenschaften investiert haben.

Abstimmung

Antrag EVP

Punkt 1. b) Eine Liegenschaftssteuer von 1.5 Promille des amtlichen Wertes

Der Stadtrat lehnt mit 9 Ja und 22 Nein Stimmen bei 7 Enthaltungen den Antrag ab.

Schlussabstimmung

1. Für das Jahr 2014 sind die folgenden Gemeindesteuern zu erheben:
 - a) Auf Einkommens-, Vermögens- und Gewinnsteuern das 1,63-fache des gesetzlichen Einheitsansatzes;
 - b) Eine Liegenschaftssteuer von 1 Promille des amtlichen Wertes;
 - c) Die Feuerwehr-Ersatzabgabe beträgt unverändert das 0,125-fache des gesetzlichen Einheitsansatzes. Der Höchstbetrag bleibt wie bisher bei Fr. 400.--.
2. Der Aufwandüberschuss im Voranschlag 2014 von Fr. 3'504'382.05 wird genehmigt.
3. Der Gemeinderat wird ermächtigt, die Saldi der Laufenden Rechnung 2014 der nachfolgend genannten Organisationseinheiten und Produktgruppen (Deckungsbeitrag 5) entsprechend des genehmigten Aufwandüberschusses zu beschliessen:
PraD: PG 10, 11, 13 und 14
BauD: PG 20, 21, 22, 23 und 24
ESiD: PG 32, 33, 34, 35, 36 und 37
Bild: PG 50, 51 und 52
SozD: PG 60, 61, 62 und 63
FinD: PG 70 und 71
4. Die Hundetaxe wird auf Fr. 100.-- pro Hund festgesetzt (Bezugsberechtigte von Ergänzungsleistungen bezahlen auf Gesuch hin Fr. 30.-- pro Hund).

Stadtrat Berger Stefan möchte wissen, ob der Antrag der BDP dem Antrag des GR gegenübergestellt wird.

Stadtratspräsident Ingold Rolf teilt mit, dass der Antrag der BDP bereits überwiesen wurde und über diesen in der Schlussabstimmung abgestimmt wird.

Stadtrat Berger Stefan verlangt eine Pause von 2 Minuten.

Der Vorsitzende stimmt der kurzen Pause zu.

Stadtrat Penner Nadaw möchte wissen, wenn sich beim Antrag 2 nur die Zahl ändert, ob dieser Entscheid nicht einer Rückweisung gleichkommt.

Der Vorsitzende verneint dies.

Stadtrat Penner Nadaw fragt sich, was diese Änderung des Betrages bedeutet.

PAUSE

Schlussabstimmung

1. Für das Jahr 2014 sind die folgenden Gemeindesteuern zu erheben:
 - a) Auf Einkommens-, Vermögens- und Gewinnsteuern das 1,63-fache des gesetzlichen Einheitsansatzes;

Der Stadtrat genehmigt einstimmig den Antrag 1 a).

- b) Eine Liegenschaftssteuer von 1 Promille des amtlichen Wertes;

Der Stadtrat genehmigt mit 31 Ja Stimmen bei 7 Enthaltungen den Antrag 1 b).

- c) Die Feuerwehr-Ersatzabgabe beträgt unverändert das 0,125-fache des gesetzlichen Einheitsansatzes. Der Höchstbetrag bleibt wie bisher bei Fr. 400.--.

Der Stadtrat genehmigt einstimmig den Antrag 1 c).

2. Der Aufwandüberschuss im Voranschlag 2014 von Fr. 3'504'382.05 wird genehmigt.

Der Stadtrat genehmigt mit 17 Ja und 9 Nein Stimmen bei 12 Enthaltungen den Antrag 2.

3. Der Gemeinderat wird ermächtigt, die Saldi der Laufenden Rechnung 2014 der nachfolgend genannten Organisationseinheiten und Produktgruppen (Deckungsbeitrag 5) entsprechend des genehmigten Aufwandüberschusses zu beschliessen:

PraD: PG 10, 11, 13 und 14

BauD: PG 20, 21, 22, 23 und 24

ESiD: PG 32, 33, 34, 35, 36 und 37

BilD: PG 50, 51 und 52

SozD: PG 60, 61, 62 und 63

FinD: PG 70 und 71

Der Stadtrat genehmigt mit 36 Ja und 2 Nein Stimmen den Antrag 3.

4. Die Hundetaxe wird auf Fr. 100.-- pro Hund festgesetzt (Bezugsberechtigte von Ergänzungsleistungen bezahlen auf Gesuch hin Fr. 30.-- pro Hund).

Der Stadtrat genehmigt mit 33 Ja Stimmen bei 5 Enthaltungen den Antrag 4.

8. Dringliche Interpellation SVP-Fraktion betreffend Schaffung zusätzlicher Parkplätze beim Hallenbad durch Überdachung des Hallenbadparkplatzes (Erstellung Parkdeck)

Gemeinderat Aeschlimann Martin liest die gestellten Fragen der Interpellation vor. Es ist grundsätzlich eine nachvollziehbare Idee. Es ist auch wünschenswert, dass man quer denkt und andere Überlegungen macht. Die Hürde ist eigentlich damit begründet, dass es sich um einen schützenswerten Platz handelt. Dahinter steckt die Schwierigkeit der städtebaulichen, vertraglichen Einordnung zwischen den historischen Bauten. Der Ort ist eigentlich das Problem. Man muss bedenken, dass auf der linken Seite das Pestalozzi-Schulhaus und auf der rechten Seite die Sägegassturnhalle steht. Das Pestalozzi-Schulhaus ist ein typischer Schulpalast. Gemäss Denkmalpfleger hat der Platz dazwischen eine Verbindungsfunktion. Die Baudirektion hat Rücksprache genommen mit dem Leiter der kantonalen Denkmalpflege, Herr Gerber Michael. Die Denkmalpflege wird dem Vorhaben auf diesem Platz nicht zustimmen. Wenn das Bedürfniss akut ist und man an diesem Ort weitere Parkmöglichkeiten anbieten muss, wäre eine Möglichkeit ein Parkhaus. Eine weitere Möglichkeit wäre der Viehmarktplatz. Die Realisierung mit Baubeginn der

Markthalle ist zu knapp. Ein solches Vorhaben könnte vollumfänglich dem Parkplatzfonds belastet werden.

Stadtrat Rosser Bruno, namens der SVP-Fraktion, dankt dem GR für die Stellungnahme. Die Antworten sind nachvollziehbar. Einen Tag nach der Einreichung der Interpellation wurde das neue Projekt Schafrothüberbauung bekannt gegeben. Es kann nicht sein, dass die Besucher des Hotels und Fitnessraums auf dem Hallenbadparkplatz parkieren. Die Entwicklung des Schafrothareals wird weiterhin beobachtet und wenn nötig Einsprache gemacht. Stadtrat Rosser Bruno erklärt sich von der Stellungnahme befriedigt.

Die Interpellanten erklären sich von der gemeinderätlichen Stellungnahme befriedigt.

9. Verschiedenes und Unvorhergesehenes

Es werden folgende Parlamentarische Vorstösse und Aufträge eingereicht:

- Auftrag SP-Grüne-Fraktion betreffend "Städtische Spezialfinanzierung und Liegenschaftssteuer"
- Interpellation Michael Ritter (GLP) betreffend Home-Office-Arbeit in der Stadtverwaltung Burgdorf

Stadtratspräsident Ingold Rolf entschuldigt sich bei Stadträtin Pieren Nadja, wenn sie das Gefühl hat, brüskiert worden zu sein betreffend der Führung des Traktandum 7. Der vorbereitete Fahrplan zum Voranschlag wollte der Vorsitzende entsprechend durchsetzen. Der Vorsitzende informiert, dass er am Amtsantritt von Frau Pfarrerin Anne-Katherine Fankhauser teilgenommen hat. Im weiteren hat er das Grusswort der Stadt Burgdorf beim Anlass vom Obergericht des Kantons Bern überbracht. Besonders schön war, dass der Obergerichtspräsident Stucki Stephan anwesend war und seine Mannschaft nach Burgdorf gebracht hat. Der Vorsitzende war in Biel an der Übergabe des Preises, der die Baudirektion der Stadt Burgdorf stiftet, anlässlich der Diplomfeier der Fachhochschule für Architektur und Holz anwesend. Der Vorsitzende hat die Gelegenheit genutzt und für den Standort Burgdorf Werbung gemacht. Im weiteren hat der Vorsitzende am Herbsttreffen des Verwaltungskreises Emmental teilgenommen. Zu diesem Treffen eingeladen hat Regierungsrat Markus Grossenbacher. Stadtratspräsidentin Zäch Elisabeth und Gemeinderat Kummer Hugo haben ebenfalls teilgenommen. Zudem hat der Vorsitzende an der Hauptübung der Feuerwehr Burgdorf teilgenommen. Der Vorsitzende hat am Empfang und Apéro der städtischen "Chramper" des ESAF 2013 teilgenommen. Es handelt sich um eine wertvolle Wertschätzung gegenüber den städtischen Angestellten. Es kann nicht immer alles mit Geld abgegolten werden. Der Vorsitzende war noch nie so nah in Kontakt mit den städtischen Angestellten.

Stadtrat Ritter Michael, namens der GLP, verabschiedet Stadträtin Wyss-Schreiber Melanie und wünscht ihr für die Zukunft alles Gute.

Stadtrat Bucher Theophil informiert über die verteilten Flyer "Wie velofreundlich ist ihre Stadt" von Pro Velo Schweiz. Vor 8 Jahren war Burgdorf mit Winterthur an erster Stelle und vor 4 Jahren ging Burgdorf als Sieger hervor. Es wurden kritische und positive Stimmen abgegeben. Wie es in diesem Jahr aussieht, ist noch nicht bekannt. Die Umfrage dauert noch bis Ende November. Weitere Informationen sind unter www.velostaedte.ch zu finden. Burgdorf soll wieder positiv in die Schlagzeilen geraten.

Stadtratspräsident Ingold Rolf dankt dem SR für die rege Mitarbeit und das Mitdenken. Der Vorsitzende teilt mit, dass im Hotel Stadthaus für den Schlummertrunk reserviert ist.

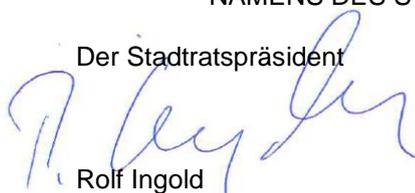
Schluss der Sitzung: 21.30 Uhr

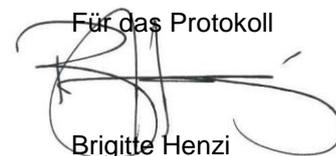
NAMENS DES STADTRATES

Der Stadtratspräsident

Für das Protokoll

Burgdorf, 27. November 2013 / hbr


Rolf Ingold


Brigitte Henzi